

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Bezugspreis: Monatlich 2,50 Mark, bei Zahlung durch die Posten 2,50 Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungs-Einrichtungen) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche Zeile oder deren Raum wird mit 50 Pfg. auf der ersten Seite mit 125 Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachlass erlischt, wenn der Anzeigenbeitrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Kontingenz-Anschluß Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 41

Freitag, den 8. April 1921

20. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Einverleibung von Klein-Okrilla.

Nachdem das Ministerium des Innern das Ortsgesetz über die Vereinigung der Gemeinden Ottendorf-Moritzdorf und Klein-Okrilla genehmigt hat, bilden von heute ab auch die beiden politischen Gemeinden ein einheitliches Gemeinwesen.

Die für alle Verwaltungsangelegenheiten des Ortsteiles Klein-Okrilla zuständigen Stelle sind nunmehr der Gemeindevorstand und Gemeindevorstand und der Ortsamtsvorstand in Ottendorf-Moritzdorf.

Die ortsgesetzlichen und ortspolizeilichen Bestimmungen und sonstigen Verträge der Gemeinde Ottendorf-Moritzdorf erstrecken sich von heute ab auch auf den Ortsteil Klein-Okrilla, während alle Ortsgesetze und ortspolizeilichen Festlegungen der früheren Gemeinde Klein-Okrilla mit heute außer Kraft treten.

Wir begrüßen hiermit die Einwohner von Klein-Okrilla als neue Mitglieder unserer politischen Gemeinde und empfehlen ihnen ein

„herzliches Willkommen“.

Wünsche auch dieser Zusammenschluß unserem aufstrebenden Gemeinwesen zum Vorteile und Segen gereichen.

Ottendorf-Moritzdorf, am 1. April 1921.

Der Gemeindevorstand.

Richter, Gemeindevorstand.

Freitag, den 8. April abends 8 Uhr Öffentliche Gemeindevorstands-Sitzung im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Ergänzung der Ausschüsse.
3. Bauwesen.
4. Erhöhung des Pachtzinses für Gemeindegrundstücke.
5. Schienenanlage Lomitzer Straße.
6. Veräußerung eines nutzlosen Waldweges.
7. Gemeindebau.
8. Grunderwerbsteuer-Zuschlag von 1%.
9. Besetzung von 2 ständigen Lehrerstellen.
10. Ortsgesetz über die Vereinigung mit Groß-Okrilla.
11. Mitbenutzung der Schleuse in der Moritzgasse.
12. Gejallenen-Gehrag.

Hierauf geheime Sitzung.

Ottendorf-Moritzdorf, am 6. April 1921.

Der Gemeindevorstand.

Pachteinigungsamt.

Unter dem 1. d. M. ist für die Orte des Bezirkes des Pachteinigungsamtes in Krositz ein Pachteinigungsamt in Krositz errichtet worden.

Stellv. Vorsitzender ist Rechtsanwalt Dr. Ziegner-Winkel in Krositz.

Das Pachteinigungsamt entscheidet gemäß § 2 der Landespauschalungsverordnung vom 4. 12. 1920.

Ottendorf-Moritzdorf, am 6. April 1921.

Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 7. April 1921.

Die Bauaktivität in Sachsen im Februar 1921. Nach der Mitteilung des Statistischen Landesamtes wurden im Februar 1921 in Sachsen für Neubauten mit Wohnungen 117 Baugenehmigungen (gegen 97 im Januar) erteilt, und zwar in den Kreisamtsbezirken Bautzen 14, Chemnitz 22, Dresden 48, Leipzig 24 und Zwickau 9. Diese 117 Neubauten, von denen 104 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 369 Wohnungen enthalten, wovon zwei Wohnungen in einem Not- und Behelfsbau. Außerdem wurden 78 Baugenehmigungen (gegen 93 im Januar) für Um-, An- oder Aufbauten mit insgesamt 143 Wohnungen erteilt, von denen vier Not- und Behelfsbauten mit sieben Wohnungen sein werden. Ausgeführt wurden

44 Neubauten mit 166 Wohnungen (gegen 44 Neubauten mit 127 Wohnungen im Januar). Durch ausgeführte Um-, An- oder Aufbauten wurden 125 Wohnungen gewonnen, darunter 23 in Not- oder Behelfsbauten. An Gebäudeabgängen waren im Februar zwei Wohnhäuser mit zusammen drei Wohnungen zu verzeichnen.

Durch einen Erlaß des Reichsverkehrsministers an alle Eisenbahn-Direktionen wird eine in ihrer Höhe kaum glaubliche Verteuerung der Eisenbahn-Monats- und Wochenkarten angekündigt. Nach diesen Erlaß sollen auch der Preisberechnung für Monatskarten die vom 1. Juni ab geltende Einheitsätze von 32 1/2 Pfg. in der zweiten, 19 1/2 Pfg. in der dritten und 13 Pfg. in der vierten Klasse zugrunde gelegt werden. Wenn diese Erhöhungen wirklich durchgeführt werden, so wäre eine Vernichtung des Siedlungs- und Bauwesens in der näheren und weiteren Umgebung der Großstädte die sichere Folge. Der Preis der Monatskarten würde bis zu 300 Prozent höher werden, als er gegenwärtig ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in einer Zeit, in der das Verkehrsministerium, das uns die Kleinartikeln von 2,2 Milliarden jährlich kostet, und das Ministerium des Innern alles aufbieten, um die großstädtische Bevölkerung zu veranlassen, sich in der Umgebung anzusiedeln, die Eisenbahnbehörde mit einer an Wucher grenzenden Fahrpreiserhöhung diese ebenso wirtschaftlich wie gesundheitlich höchst verdienstvollen Bestrebungen einfach vernichtet. Auch der Stadt- und Vorortverkehr erfährt eine beträchtliche Verteuerung. Schon jetzt ist für Familien, die zur Arbeit oder ins Geschäft müssen, das Wohnen in den Vororten schon wesentlich verteuert worden, denn zu den Fahrkosten auf der Eisenbahn gesellen sich noch die Unkosten, die bei der räumlichen Ausdehnung der Großstädte, um nach seiner Arbeits- und Geschäftsstelle zu gelangen, durch die Benutzung der Straßenbahnen entstehen. Wenn daher ab 1. Juni eine neue Erhöhung der Eisenbahntarife um ein Viertel oder ein Drittel erfolgt, so bedeutet das für Familien mit Kindern jährlich eine Mehrausgabe von Hunderten von Mark. Fürwahr eine eigenartige Siedlungs- und Bevölkerungspolitik.

Nährmittelverteilung im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Abschnitt 73 der gelben Nährmittelliste A wird mit 1/2 Pfund Zwieback oder Zwiebackbruch oder Keksen oder Keksbruch, Abschnitt 73 der roten und blauen Nährmittelliste B und D mit je 1/2 Pfund Grieß beliefert. Die Anmeldung seitens der Verbraucher hat spätestens bis zum 11. April in einem Kleinhandelsgeschäft zu erfolgen.

Dresden. Die Kommunisten, die am Dienstag die Landtagsitzung verließen, werden am Donnerstag im Landtag den Antrag einbringen, daß in Sachsen keine Ausnahme-gerichte eingesetzt werden dürfen. Wenn die Regierung diesem Antrag nicht entspricht, beabsichtigen die Kommunisten dauernd dem Landtage fern zu bleiben und durch diese Schwächung der Regierungsmehrheit die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Auch die Unabhängigen haben sich scharf gegen diese schon angeordneten Sondergerichte ausgesprochen.

Sella b. Königsbrück. Hier wurde das Arnoldsche Wohnhaus eingeschert. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Liebstadt. Auf Dornauer Flur, an der alten Straße nach Teritz, werden zurzeit Wohnungen nach Kohle vorgenommen. Bei zwei Meter Tiefe ließ man dabei bereits auf Braunkohle, noch Art der böhmischen Braunkohle.

Neustadt i. Sa. Durch Funkschlag einer Lokomotive war am Ehrenberger Markt ein großer Waldbrand ausgebrochen, dem ein umfangreicher 18-jähriger Fichtenbestand zum Opfer fiel. Der herrschende Wind und die Trockenheit begünstigten die Ausbreitung des Feuers außerordentlich.

Leipzig. Der Verkehr auf dem Wochenmarkt am Donnerstag war lebhaft, doch beschränkte sich das Angebot in Gemüse naturgemäß zunächst auf die überwinterten Vorräte, die allmählich zur Neige gehen. Im Vordergrund stand wieder das Samen- und Pflanzengeschäft, wo zahlreiche Käufe erfolgten und sich die Zufuhr vergrößert hatte. Bemerkenswert war das starke Eierangebot. Lange Zeit wurde der Dresdner Geflügel- und Eierkäufer von Landleuten förmlich belagert, die in Körben, Kistchen und Kartons frische Bandierer anboten, sich aber in Rücksicht auf die gegenwärtige Marktlage mit 80 Pfg. begnügen mußten. In 90 Pfg. waren die Eier auf dem Marke überall zu haben.

Bautzen. Der Volkereidirektor Rudolf Schünemann erhielt wegen Nahrungsmittelverfälschung, Untreue und Unterschlagung, ferner wegen Abgabe von Butter ohne Marken, Höchstpreisüberschreitung und Annahme von Schmiergeldern drei Jahre Gefängnis, 80 000 Mark Geldstrafe oder 1 Jahr 332 Tage Gefängnis, sowie drei Jahre Ehrenrechtsverlust. Der erzielte Lieberpreis von 17 424,40 M wurde eingezogen. Die erlangten Schmiergelder im Betrage von 104 976,55 M wurden als für den Staat verfallen erklärt. Sein Sohn Walter Schünemann wurde wegen Diebstahls, Abgabe von Butter ohne Marken und Beihilfe zur Unterbringung und Unterschlagung seines Vaters zu 10 Tagen Gefängnis, der Buchhalter Hoffmann wegen Beihilfe bei der Unterschlagung des Direktors zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafen von Walter Schünemann und Hoffmann gelten als verbüßt. Der Quarkhändler Kinner aus Dresden erhielt wegen Schleichhandels mit Butter und Gewährung von Schmiergeldern 6 Wochen Gefängnis und 22 000 Mark Geldstrafe oder 1 Jahr 133 Tage Gefängnis. Die Fabrikanten Löffler und Wille wegen Bezug von Butter ohne Marken, und zwar Löffler 200 Mark, Wille 500 M. Geldstrafe, der Volkereibesitzer Schröder aus Hartau wurde freigesprochen. Das Urteil soll in der „Volkereizeitung“ veröffentlicht werden. Direktor Schünemann wurde vorläufig aus der Haft entlassen.

Die staatliche Pulverfabrik Gnashwitz, die schon seit mehreren Jahrhunderten bestand, wurde am 31. März auf Grund des Friedensvertrages aufgelöst. Die Pulverfabrik Gnashwitz hat sich besonders seit der Einführung des rauchschwachen Pulvers in den achtziger Jahren stetig entwickelt und beschäftigte im Weltkriege über 1000 Personen.

Zittau. Bei der Verpachtung der städtischen Wiesen wurde teilweise das 42fache der in der letzten Pachtperiode gezahlten Pachtpreise erzielt.

Die 26 Jahre alte Frau des Fabrikarbeiters Gnauf hat erst ihr einjähriges Töchterchen durch Vergiften mit Gas getötet und sich dann aus einem Fenster ihrer 3 Stockwerke hoch gelegenen Wohnung auf die Straße gestürzt, wo sie in schwerverletztem Zustande aufgefunden und nach dem Stadtkrankenhaus gebracht wurde. Die Frau ist bereits einmal in der Landesheilanstalt in Großschweidnitz untergebracht gewesen, nachdem sie am 27. Januar 1919 ihre zwei Kinder, Knaben im Alter von 5 und 6 Jahren, wie jetzt das einjährige, mit Gas vergiftet hatte. Da sich ihr Zustand aber später bedeutend gebessert hat, wurde sie wieder aus der Anstalt entlassen und ihrer Familie zurückgegeben.

Die Verdachtsmomente, daß der Pascher Paul Schmidt einem Morde zum Opfer gefallen ist, haben sich weiter verdichtet. Die bisher erfolgten Verhaftungen sind daher aufrecht erhalten worden. U. a. ist auch ein gewisser Peter Raly aus Döbnitz verhaftet worden, der zugegeben hat, gemeinsam mit einem gewissen Hamann die Leiche Schmidts in die Neisse geworfen zu haben. Bei diesem Hamann der ebenfalls verhaftet wurde, handelt es sich um einen Kaufmann Hamann, der früher in Zittau ein Eisenwarengeschäft betrieb, in dem Paul Schmidt als Ratthelfer tätig war. Hamann ist später von Zittau verzogen und wohnte zuletzt in Grottau; er wurde aber in Zittau in der Wohnung seiner Braut verhaftet.

Rosfen. Die Eierpreise sind in der hiesigen Gegend erheblich gefallen. In den letzten Tagen wurden für das Stück 50 Pfg gezahlt.

Borna. Im nahen Jedlitz veranlaßten zwei unbekannte Personen den Privatinspizier durch Rufe, daß es bei ihm brenne, zum Öffnen der Wohnungstür, fielen über den Mann her und warfen ihn gefesselt auf das Bett. Darauf raubten sie 300 Mark Bargeld und ein Sparschweinbuch mit 18 000 Mark Einlage.

Erzbach b. Lugau. Hier ist der Wohnungsmangel so groß, daß seit 14 Tagen zwei hiesige Familien mit zwei Kindern in einem offenen Schuppen wohnen müssen.

Plauen. Von 256 Kindern der beiden höheren und der Mittelbürgerschule sind am Dienstag nur 123 zur Schule gekommen; die übrigen 133 sind auf Veranlassung ihrer Eltern zu Hause geblieben. Der Schulleiter richtet sich bekanntlich gegen die Umschulung der Kinder dieser Anstalten in die sogenannte Einheitschule. Die Eltern der in Frage kommenden Kinder sind seit entschlossen, ihre Kinder nicht eher wieder zur Schule zu schicken, als die zuständigen Behörden in der Frage der Umschulung zu einer anderen Stellungnahme gekommen sind.

